

Herr Bürgermeister,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010 wurde Ihnen in der vergangenen Woche -leider mit einer leichten Verspätung von 10 Tagen- zugestellt.

Lassen Sie mich zum Beginn meiner Ausführung einen kurzen Rückblick auf die letzten drei Haushaltsjahre der NKF-Neuzeit halten.

Diese Zeit ab 2007 kann man aus finanzieller Sicht als zufriedenstellend bezeichnen. Denn trotz der zusätzlichen Belastungen durch das NKF (Abschreibungen, Pensionsrückstellungen, Prüfungskosten, höherer Verwaltungsaufwand) ist es gelungen, die Haushalte noch fiktiv gut auszugleichen. Im Haushaltsjahr 2008 konnte sogar ein Überschuss von 1,3 Mio. € erwirtschaftet werden. Mit Blick auf die Gewerbesteuer und die Einkommensteuer darf man diese Jahre als „ertragsstarke Jahre“ bezeichnen.

Ohne die Folgen der im Herbst 2008 einsetzenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wäre auch das Haushaltsjahr 2009 meiner Meinung nach mit einer schwarzen „Null“ zum Abschluss gebracht worden.

Doch die Folgen dieser Krise haben uns im vergangenen Jahr finanziell stark getroffen.

Bei den zwei größten Ertragspositionen, der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer sind durch die Krise verursachte Ertragseinbrüche von rd. 3 Mio. € zu verzeichnen.

Im Ergebnisplan veranschlagt war ein Defizit von rd. 2,7 Mio. € Nach dem augenblicklichen Erkenntnisstand wird das Defizit mit rd. 3,3 Mio. € aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen sein.

Diese Wenigereinzahlungen hatten natürlich auch Auswirkungen auf die liquiden Mittel mit der Folge, dass die Liquidität ab Herbst des vergangenen Jahres mit dem vollen Volumen der Kredite zur Liquiditätssicherung in Höhe von 8 Mio. € gestützt werden musste. Bei den sehr niedrigen Kurzfristzinsen sind wir noch mit einem blauen Auge davongekommen.

Damit komme ich jetzt zu den Eckdaten der Haushaltssatzung für das Jahr 2010.

Der Ergebnisplan hat ein Volumen in den Aufwendungen von 45,9 Mio. € Das bedeutet eine Steigerung um 6 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Erträge verringern sich um rd. 1,7 Mio. € oder 4,3 % auf rd. 38,9 Mio. €

Damit entsteht ein Fehlbedarf von 7 Mio. € Die restliche Ausgleichsrücklage soll mit 4 Mio. € in Anspruch genommen werden und es muss eine erstmalige Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage mit 3 Mio. € erfolgen.

Der Finanzplan weist als Unterschiedsbetrag der Einzahlungen zu den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit höhere Auszahlungen von rd. 6 Mio. € aus.

Die Auswirkungen finden Sie im § 5 der Haushaltssatzung wieder, nämlich die Festsetzung der Kredite zur Liquiditätssicherung auf 12 Mio. €

Bei Realisierung aller eingeplanten Investitionsauszahlungen ist der im § 2 festgesetzte Gesamtbetrag der Kreditaufnahme mit rd. 4,5 Mio. € erforderlich.

Die Investitionsauszahlungen laut Finanzplan belaufen sich auf knapp 9 Mio. € einschließlich der Maßnahmen nach dem Investitionsförderungsgesetz von rd. 1,6 Mio. € Dieses Investitionsprogramm hat in etwa das Volumen der vergangenen Jahre und passt m. E. in die Zeit der abflachenden Rezession.

In der jetzigen konjunkturellen Lage sind Steuererhöhungen kein Thema. Die Verwaltung schlägt Ihnen keinerlei Steuererhöhungen im § 6 der Haushaltssatzung vor, obwohl die Steuererträge deutlich zurückgegangen sind.

Die Eckdaten zusammenfassend ist folgendes festzustellen:

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat unsere Stadt im vergangenen Jahr und besonders für das Haushaltsjahr 2010 eingeholt. Damit nicht genug. Die größte Aufwandsposition steigt zudem dramatisch an. Die Ausgleichsrücklage wird voll aufgebraucht und die geplanten Defizite der Jahre 2011 bis 2013 verringern unser Eigenkapital erheblich. Wir wollen das Beste hoffen, dass wir den gesamten Finanzplanungszeitraum ohne Haushaltssicherungskonzept überstehen. Die Hoffnung auf bessere Jahre stirbt zuletzt.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich jetzt auf die wesentlichen Positionen des Ergebnisplanes und des Finanzplanes eingehen.

Im Ergebnisplan möchte ich bei den Erträgen sechs Positionen näher erläutern.

Das Aufkommen bei der Gewerbesteuer gleicht einer Berg- und Talfahrt. Die Bandbreite in den letzten 12 Jahren liegt zwischen 6,6 Mio. und 14,7 Mio. € Die Wirtschaftskrise macht eine Schätzung noch schwieriger. Der Durchschnittswert der letzten 12 Jahresergebnisse liegt bei 10 Mio. € Bei der Ansatzschätzung von 10,8 Mio. € wurden die aktuellen, im vergangenen Haushaltsjahr um gut 2 Mio. € reduzierten, Vorauszahlungen für 2010 berücksichtigt. Erwartete Nachzahlungsbeträge wurden optimistisch hinzugerechnet und eine gewisse Erhöhung der in 2009 bewilligten Vorauszahlungssenkungen berücksichtigt.

Bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sind die Auswirkungen der Steuersenkungen und der Wirtschaftskrise deutlich zu sehen. Nachfolgend eine kleine Übersicht:

Plan 2008	7,4 Mio. €
Ergebnis 2008	7,7 Mio. €
Plan 2009	7,735 Mio. €
Ergebnis 2009	7,027 Mio. €
Plan 2010	6,8 Mio. €

Dennoch ist der Einkommensteueranteil eine sehr wichtige und verlässliche Ertragsposition.

Der Kalkulation des Ansatzes für 2010 liegt die November-Steuerschätzung zugrunde. Die Nachzahlungen der „Steuersünder“ sind hierbei natürlich noch nicht berücksichtigt.

Auf den Wegfall der Schlüsselzuweisungen im Haushaltsjahr 2010 habe ich schon bei der Einbringung des Haushaltes 2009 hingewiesen. Nach den Jahren 2006 und 2007 gehört die Stadt Meinerzhagen auch in diesem Jahr zu den abundanten Kommunen. Aufgrund der gestiegenen Steuerkraft um 20,54 % gegenüber der Vorperiode fällt die Schlüsselzuweisung weg. Das ist für uns sehr schmerzlich, aber das Finanzausgleichssystem ist eben so.

Der Anteil an der Umsatzsteuer beläuft sich auf der Basis der Orientierungsdaten auf 1.189.000 € und liegt damit um 31.000 € unter dem Vorjahresansatz.

Eine Steigerung um 161.000 auf 861.000 € ist bei der Ertragsposition Familienleistungsausgleich zu vermelden. Hier haben wir ein Beispiel, dass das Land seine Kommunen einmal finanziell nicht im Regen stehen gelassen hat. In § 21 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 wird nämlich geregelt, dass den Gemeinden zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen, die durch den im Frühjahr 2009 nach dem Einkommensteuergesetz ausgezahlten Einmalbetrag (Kinderbonus), entstanden sind, 50 Mio. € zugewiesen werden. Dieser Betrag wird nach dem Einkommensteuerschlüssel verteilt.

Zur der nachfolgend anzusprechenden Position, der Rückzahlung des Solidarbeitrages, könnte man die Aussage treffen: Was lange währt, wird endlich gut. Gerade noch rechtzeitig zur Planaufstellung wurde das Gesetz zur Abrechnung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen in Folge der Deutschen Einheit, Arbeitstitel: Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW vom 09.02.2010, verabschiedet. Dieses Gesetz regelt die kommunale Beteiligung der Gemeinden an den fortwirkenden finanziellen Lasten des Landes NRW in Folge der Deutschen Einheit und die interkommunale Verteilung der endgültigen Abrechnungsbeträge für jede Gemeinde im kommunalen Steuerverbund in den Jahren 2006 bis 2019. Bekanntlich bekam die Stadt Meinerzhagen im März 2008 einen Abschlagsbetrag für den überzahlten Solidarbeitrag in Höhe von 308.000 € für die Jahre 2006 bis 2008 ausgezahlt. Da die Stadt Meinerzhagen in den Jahren 2006 und 2007 keine Schlüsselzuweisungen

erhalten hat, bekam sie für diese Jahre auch keine Erstattungsbeträge. Nach der Erstellung mehrerer Gutachten, auch unter Beteiligung der Stadt Meinerzhagen, und nach intensiven Beratungen der kommunalen Spitzenverbände mit der Landesregierung ist dieses Gesetz verabschiedet worden. Aufgrund der Regelungen des Gesetzes hat die Stadt Meinerzhagen für die drei Jahre noch einen Erstattungsanspruch von 529.770,89 €, der in den nächsten Tagen ausgezahlt wird. Ob mit der Gesetzesverabschiedung die unter Federführung der Stadt Düsseldorf geplante Verfassungsbeschwerde der benachteiligten Kommunen aufgegeben wird, ist z. Zt. noch nicht abschließend geklärt.

Auf der Aufwandseite des Ergebnisplanes will ich heute vier Ansätze ansprechen.

Von dem Gesamtaufwand mit rd. 45,9 Mio. € haben die Transferaufwendungen einen Anteil von rd. 21,2 Mio. € oder gut 46 %. Durch eigene Entscheidungen selbst beeinflussbar oder teilweise beeinflussbar ist von diesen 21,2 Mio. ein geringer Anteil von 95.000 € in diesem Haushaltsjahr.

Den größten Anteil an den Transferaufwendungen hat die Kreisumlage mit einem neuen historischen Höchststand von 15 Mio. €, das bedeutet einen Anteil von 32,7 % an den gesamten Aufwendungen. Die Ansatzermittlung erfolgte mit einem Kreisumlagehebesatz von 47,3 % für die allgemeine Umlage und mit 16,55 % für die differenzierte Umlage. Sollte die Landschaftsverbandsumlage nicht erhöht werden, könnte eine Verbesserung von 0,6 %-Punkte eintreten. Das wäre für uns eine Aufwandverringerung von 141.000 €. Der Anstieg bei der allgemeinen Kreisumlage von insgesamt 1,3 Mio. € ist in Höhe eines Betrages von 700.000 € auf die um gut 20 % gestiegene Steuerkraft für Meinerzhagen zurückzuführen.

Aus der geplanten Hebesatzerhöhung von 2,6 %-Punkten resultiert die Erhöhung von 600.000 €. Der gute Wille des Kreises zur Minimierung der Hebesatzerhöhung ist sicher zu erkennen, denn er greift auch seine Ausgleichsrücklage mit 10,5 Mio. € an. Aber was bleibt dem Kreiskämmerer denn anderes übrig, wenn aufgrund der schlechten Beschäftigungslage die Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitssuchende laufend steigen und zudem noch die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft abgesenkt wird. Weiterhin steigen die Nettobelastungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stetig an. Das alles müssen wir über die Kreisumlage mitfinanzieren.

Der Hebesatz für die differenzierte Kreisumlage musste von 15,5 % auf 16,55 % angehoben werden. Dieser Teil der Kreisumlage beträgt für uns als Kommune ohne eigenes Jugendamt knapp 3,9 Mio. €. Die Stadt Meinerzhagen deckt damit einen Anteil von 22 % des Zuschussbedarfes von rd. 18,5 Mio. € für die Kinder- und Jugendbetreuung ab.

Ein weiterer großer Transferaufwandsblock mit rd. 1,8 Mio. € ist die Gewerbesteuerumlage, die sich nach einem bestimmten Prozentsatz der Gewerbesteuereinzahlungen berechnet. Für 2010 beträgt der Satz 16,51 %. Davon ist die Hälfte der Anteil für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit, der noch bis zum Jahre 2019 zu zahlen ist. Seit dem Jahr 1991 hat die Stadt Meinerzhagen über die Gewerbesteuerumlage einen Finanzierungsbeitrag für den Aufbau Ost von rd. 15 Mio. € aufgebracht. Im Focus Heft 5/2010 erschien ein Artikel mit der Überschrift: Wer rettet den Westen? Aus diesem Artikel möchte ich einige Passagen wiedergeben. Zitatbeginn: „Transfergelder in Höhe von 1,6 Billionen € bescherten den ostdeutschen Gemeinden, so eine Studie der Freien Universität Berlin, eine historisch einmalige Wohlstandsexplosion.“

Dank der Soli-Geschenke verfügen die kommunalen Vorsteher in den neuen Bundesländern vielerorts über eine weitaus bessere Infrastruktur als die Kollegen im Westen. Am Aufbau Ost scheint der Westen auszubluten. Nordrhein-Westfalen etwa drückt eine Schuldenlast wie nie zuvor. Inzwischen stehen mehr als 30 der 427 Kommunen in dem bevölkerungsreichsten Bundesland vor der Pleite. Die Ruhr-Metropole Duisburg steht nun vor dem Bankrott, das ähnlich große Dresden meldet dagegen stolz einen schuldenfreien Haushalt. Im hohen Norden leiden Hafenstädte wie Wilhelmshaven schwer unter der Finanzkrise - mit den typischen Symptomen: Geringe Kaufkraft, hohe Erwerbslosenzahl, bis 2013 wächst das Defizit auf 85 Millionen Euro. Wilhelmshaven hat bereits 40 Millionen Euro für den Soli-Pakt eingezahlt und ähnelt mancherorts einer Ost-Stadt vor dem Mauerfall.“ Zitatende. Diese von mir angeführten Zitate richten sich natürlich nicht gegen den Glücksfall unserer Wiedervereinigung. Aber für die Stadt Meinerzhagen ist eine jährliche Beteiligung von rd. 1 Mio. € ein großer Brocken.

Zu den Personalaufwendungen, die 14,65 % der Gesamtaufwendungen ausmachen, hat Bürgermeister Pierlings bereits ausgeführt.

Ich komme zur Aufwandsposition Zinsen- und sonstige Finanzaufwendungen, die mit 1.574.080 € und damit um rd. 49.000 € niedriger als im Vorjahr veranschlagt werden konnten. Der Zinsaufwand für die Investitionskredite ist mit 1.360.000 € eingeplant. Das ist gegenüber dem Jahr 2009 eine Erhöhung um 10.000 €. Der Zinsaufwand für die Kassenkredite zur Liquiditätssicherung ist mit 90.000 € unter Zugrundelegung des sehr niedrigen Zinssatzes für diese Kurzfriskredite kalkuliert.

Die sonstigen Finanzaufwendungen sind für die Vollverzinsung

der Gewerbesteuerrückzahlungen mit 100.000 € und mit 20.000 € für die Verzinsung der Gebührenaussgleichsrücklagen veranschlagt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei den Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit im Jahre 2010 sind folgende Eckdaten zu nennen:

Die Haushaltsplanung für dieses Jahr sieht Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von knapp 9 Mio. vor. Auf die einzelnen Investitionsmaßnahmen möchte ich an dieser Stelle nicht eingehen. Die großen Baumaßnahmen hat Bürgermeister Pierlings bereits dargestellt. Alle Investitionsmaßnahmen sind am Ende des Haushaltsplanes einzeln ausgewiesen. Die Kreditfinanzierung aller geplanten Investitionen stellt sich mit einem Kreditbedarf von rd. 4,5 Mio. € dar. Als weitere Finanzierungsmittel stehen die projektbezogenen Landeszuweisungen und die Zuweisungen nach dem Investitionsförderungsgesetz, die Investitionspauschalen und die Beiträge und ähnliche Entgelte zur Verfügung.

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen betragen zum Ende des Jahres 2009 rd. 27,9 Mio. €. Das sind 1.310 € pro Einwohner. Der voraussichtliche Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2010 wird auf 29,2 Mio. € geschätzt. Auf die Gratwanderung zwischen den kommunalen Investitionen als Impulsgeber für die konjunkturelle Erholung und der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Stadt habe ich schon in der letzten Haushaltsrede hingewiesen. Dieser Grad wird zukünftig immer schmaler.

Damit komme ich zum Ausblick auf die kommenden Haushaltsjahre. Schon jetzt ist absehbar, dass wir auch im Haushaltsjahr 2011 ein finanzwirtschaftlich schweres Jahr vor uns haben.

Die Unterschreitung der 5 %-Hürde für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes war für 2011 nur durch die Einplanung eines Ertrages aus Vermögensveräußerungen in Höhe von 900.000 € in Verbindung mit der Einzahlung aus Vermögensveräußerungen von 3 Mio. € darstellbar. Ich möchte davor warnen, diese Ansätze als Luftnummernansätze zur optischen Darstellung einer Fehlbedarfsreduzierung aufzufassen. Ohne Vermögensveräußerungen in dieser Größenordnung wird der Weg ab 2011 in die Haushaltssicherung führen. Rat und Verwaltung der Stadt Meinerzhagen werden im laufenden Jahr zu entscheiden haben, aus welchen Vermögensveräußerungen dieser Betrag zu realisieren ist.

Unser aller Aufgabe wird es in diesem Jahr sein, die erforderlichen Überlegungen anzustellen und die Entscheidungen zu treffen, damit die veranschlagten Beträge im kommenden Jahr realisiert werden können. Das Tafelsilber, welches viele Kommunen schon vor etlichen Jahren veräußert haben, besitzt die Stadt Meinerzhagen noch.

Die Finanzplanungsjahre 2012 und 2013 liegen nach der jetzigen Planung auch nur knapp unter der Grenze zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Da die Hauptertragsarten für diese Jahre optimistisch geschätzt wurden, schwebt das Damoklesschwert des Haushaltssicherungskonzeptes klar erkennbar über uns.

Meine maritime Umschreibung unserer Haushaltssituation für den Haushalt 2009 haben die damaligen Ratsmitglieder sicher noch gespeichert. Für das aktuelle Haushaltsjahr reicht das nicht mehr. Jetzt umschreibe ich die Situation damit: Kommandant und Besatzung haben die Klippen noch nicht umfahren, die Wellen gehen bis zur Brücke, auf die Kursangabe in sichere Gewässer wird von der Geschwaderleitung in Düsseldorf und Berlin gewartet.

Beenden möchte ich meine Erläuterungen mit einem ganz besonderen Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Alten Rathaus, allen voran dem Kollegen Jens Groll, die durch meinen krankheitsbedingten Ausfall eine hohe Arbeitsbelastung bei der Entwurfserstellung zu verkraften hatten.

Ihnen, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Einen Wunsch habe ich aber noch an Sie: Freuen würde ich mich, wenn dieser schwierige Haushalt 2010 von einer breiten Mehrheit getragen würde, als Zeichen des Zusammenhaltes in einer schwierigen Zeit.